



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Es informiert Sie:	Dorothea Weiß
Telefon:	02104/99-1741
Fax:	02104/99-841741
E-Mail:	dorothea.weiss@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 17.03.2010

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Sitzungstermin Donnerstag, den 04.03.2010, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Dr. Klaus Wagner

Mitglieder

Friedhelm Burchartz
Harald Degner
Stephan Emmler
Inge Ganteführ
Berndt Hoffmann
Gabriele Hruschka
Marc Kammann
Rolf Kramer
Gertrud Laßmann
David A. Lungen
Oliver Pera
Maximilian Rech
Manfred Schulte
Paul Söhnchen
Udo Switalski
Sebastian Wladarz

(bis 15.57 Uhr)

Verwaltung

Jürgen Dolling
Udo Ehlscheid
Volker Eichert
Michael Gertler
Anne Grassberger

Nils Hanheide
Peter Herweg
Daniela Hitzemann
Thomas Jarzombek
Martina König
Andrea Pannen
Gerhard Rott
Bernd Schneeweiß
Edgar Schönfisch
Dorothea Stangier
Dorothea Weiß

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.12.2009
3. Informationen der Verwaltung
4. Aktualisierung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann 32/002/2010
5. Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann 32/001/2010
6. Ausländerbehörde nach Start des Pilotprojektes mit Ratingen und Velbert 32/010/2009/1
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.11.2009
7. Nachträge
8. Haushalt 2010 20/008/2010

Nicht öffentlicher Teil

9. Informationen der Verwaltung
10. Ausländerbehörde nach Start des Pilotprojektes mit Ratingen

und Velbert
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.11.2009

11. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr KA Dr. Wagner, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Die für die Sitzung festgesetzte Tagesordnung wird ohne Änderungen genehmigt.

Als Berichterstatter für den Kreistag für TOP 5 „Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann“ wird einvernehmlich Herr KA Schulte benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.12.2009

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 10.12.2009 einstimmig.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Herr Hanheide berichtet zum Stand des Klageverfahrens zur CO-Pipeline. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf (VG) hat aktuell zwei Beweisbeschlüsse getroffen. Danach sollen sowohl zur Erdbebensicherheit als auch zu Grundsatzfragen der technischen Sicherheit der Pipeline Sachverständigengutachten erstellt werden. Zu diesem Zweck wurde zum einen ein Gutachter der Bauhaus-Universität in Weimar und zum anderen ein Gutachter der Bundesanstalt für Materialforschung in Berlin beauftragt. Eine Zeitvorgabe für die Erstellung der Gutachten hat das VG nicht gemacht.

Zu Punkt 4: Aktualisierung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 32/002/2010

In einem Kurzvortrag mit Powerpoint-Präsentation erläutert Herr Hanheide die Notwendigkeit der Aktualisierung des Bedarfsplans für den Rettungsdienst im Kreis Mettmann. Der Vortrag ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Laut Herrn Hanheide gibt es zwar bereits Kritik seitens der Feuerwehren und der Krankenkassenverbände. Dennoch hofft er darauf, dass die notwendigen Abstimmungsgespräche trotz erwarteter Schwierigkeiten in einem überschaubaren Zeitraum abgewickelt und zumindest die inhaltlichen Diskussionsschwerpunkte bis zum Sommer herausgefiltert werden können. Im Anschluss soll das erforderliche Einvernehmen mit den kreisangehörigen Städten hergestellt werden.

Herr KA Emmler bittet darum, jeder Fraktion je ein Exemplar des aktuellen Bedarfsplans für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann zur Verfügung zu stellen.

Die Frage von Frau KA Hruschka, warum einzelne Städte nicht bei der Leitstelle des Kreises aufgeschaltet sind, beantwortet Herr Hanheide dahingehend, dass das Feuerschutzgesetz NRW die Aufschaltung des Notrufs auf ständig besetzte Feuerwachen der kreisangehörigen Städte im Gegensatz zum Rettungsgesetz NRW noch zulasse. Es bestehe daher kein gesetzlicher Zwang zur Aufschaltung.

In den betroffenen Städten müsse allerdings bei Eingang eines Notrufs in der Kreisleitstelle zunächst die Zentrale der Feuerwehr angerufen werden, die dann ihrerseits die Rettungsmittel alarmiere. Hierdurch könne wertvolle Zeit verloren gehen.

Hinsichtlich einer weiteren Frage zur möglichen Einführung des Digitalfunks verweist Herr Hanheide auf die immer noch nicht verbindliche Zeitplanung des Landes. Hierfür notwendige Investitionen in die Leitstelle könnten im Haushaltsentwurf daher noch nicht vollständig berücksichtigt werden. Landesseitig sei nur ein Anschluss der Kreisleitstelle an den Digitalfunk vorgesehen.

Herr KA Burchartz fragt an, warum die Stadt Monheim am Rhein nicht auf die Leitstelle aufgeschaltet sei. Hierzu erklärt Herr Hanheide, dass die Anrufe dort wegen der gleichen Ortswahl in der nicht aufgeschalteten Nachrichtenzentrale der Feuerwehr Langenfeld aufliefen. Da für dieses Problem noch keine zufrieden stellende technische Lösung existiere, könne die eigentlich aufschaltungswillige Stadt Monheim am Rhein noch nicht durch die Kreisleitstelle direkt bedient werden.

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz nimmt die Vorlage und die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 5: Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 32/001/2010

Herr Hanheide weist darauf hin, dass kommunalabgabenrechtlich Kostenüberdeckungen, welche dem der Sonderposten „Gebührenaussgleich Notarztsystem“ zugeführt werden, innerhalb von drei Jahren auszugleichen seien. Dies sei der ausschließliche Grund für die ab dem 01.04.2010 vorgeschlagene Gebührenreduzierung. Zur Zeit liege noch kein Einvernehmen mit den Krankenkassen vor, hier werde aber eine abschließende Klärung bis zur Sitzung des Kreistags angestrebt. Sollte dies nicht möglich sein, entscheide letztlich der Kreistag.

Herr KA Switalski fragt an, warum die Gebührensenkung nicht bereits zu Beginn des Jahres wirksam geworden sei, zumal sie dann vermutlich nicht so stark ausgefallen wäre. Herr Hanheide erläutert, dass die notwendigen Meldungen der Städte über die Anzahl der Einsätze erst mit einer zeitlichen Verzögerung erfolgten. Ohne diese Zahlen sei aber eine verlässliche Kalkulation nicht zu erstellen. Der Sonderposten werde zudem nicht vollständig aufgelöst, um einen Ausgleichsspielraum für weitere Kostenverschiebungen zu haben.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

1. Den Gebühren in Höhe von

- 174,-- € für den Einsatz eines Notarztes / einer Notärztin,
- 174,-- € für den Einsatz eines Notarztes / einer Notärztin bei der Verlegung eines Notfallpatienten / einer Notfallpatientin und
- 93,-- € für den Einsatz eines Notarzteinsatzfahrzeuges

wird unter Berücksichtigung der zu Grunde liegenden Gebührenkalkulation (Anlage 2) zugestimmt.

2. Die 4. Satzung zur Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann in der Fassung der Anlage 3 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 6: Ausländerbehörde nach Start des Pilotprojektes mit Ratingen und Velbert
 hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.11.2009
 - Vorlage Nr. 32/010/2009/1**

Herr KA Schulte berichtet über die seiner Fraktion bekannt gewordenen Kritikpunkte seit dem Start des Pilotprojekts, über die sich der Kreisflüchtlingsrat und die Integrationsbeiräte einig seien. Unmut bestehe insbesondere über die Bearbeitungsdauer bei Aufenthaltstiteln und befristeten Ersatzpapieren sowie die Praxis bei Verpflichtungserklärungen.

Herr KA Schulte betont, dass die Diskussion dazu beitragen solle, das Projekt dauerhaft zu etablieren. Geklärt werden solle, ob evtl. zu wenig Personal oder ein zu hoher Verwaltungsaufwand für die angesprochenen Schwierigkeiten ursächlich seien.

Herr Hanheide erklärt, allein durch die Außenstellen gebe es zwangsläufig eine längere Bearbeitungszeiten. Die Zeiten würden beobachtet und eine Verkürzung werde angestrebt. Was die Sicherheitsleistung anbelange, so werde zugesagemäß das „Rater Modell“ angewendet. Allerdings gebe es einen aktuellen Erlass des Innenministeriums des Landes NRW, wonach die Pfändungsfreigrenzen nach der Zivilprozessordnung (ZPO) zu berücksichtigen seien. Über die Umsetzung dieser Vorgabe werde die Verwaltung mit den Städten Ratingen und Velbert sprechen. Im Übrigen sollen Handlungsspielräume ausgenutzt werden und ein Beschwerdemanagement sei eingerichtet.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN signalisiert Frau KA Laßmann Übereinstimmung mit der Position der SPD-Fraktion. Sie bittet zudem um Darstellung der Öffnungszeiten sowie um einen Überblick, welche Arbeiten tatsächlich in den Servicestellen geleistet werden können. Weiter regt Frau KA Laßmann an, die Möglichkeit zu prüfen, ähnlich wie beim Kindergeld, die Verwaltungsvorgänge zu digitalisieren, so dass z. B. zumindest einfache Verlängerungen von Aufenthaltstiteln ebenfalls in den Servicestellen geleistet werden könnten.

Herr Hanheide sichert zu, nochmals eine Übersicht über Aufgabenkatalog, Öffnungszeiten und Personalausstattung zur Verfügung zu stellen.

Fast alle vertretenen Fraktionen erklären sich mit der beabsichtigten Vorgehensweise der SPD-Fraktion einverstanden. Nachdem auf Bitte von Herrn Hanheide bestätigt wird, dass sich der Aufwand für die gewünschten Erhebungen in einem vertretbaren Rahmen halten soll und sich die Erhebungen nur auf die Städte Ratingen und Velbert beziehen, formuliert Herr KA Schulte folgenden **Antrag** der SPD-Fraktion:

„Die Verwaltung wird beauftragt eine Auswertung zu erstellen über die Arbeit der Ausländerbehörde, die insbesondere über folgende Parameter Aufschluss gibt:

1. *Anzahl der monatlich ausgestellten Ausweispapiere, Aufenthaltstitel, Ersatzpapiere*
2. *Gesamtzahl der betreuten Ausländer, verteilt nach Nationalitäten und Städten (Ratingen und Velbert)*
3. *Dauer der durchschnittlichen Bearbeitungszeit“.*

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 7:	Nachträge
--------------------	------------------

- entfällt -

Zu Punkt 8:	Haushalt 2010 - Vorlage Nr. 20/008/2010
--------------------	--

Der Vorsitzende ruft die Produkte in der Reihenfolge der Vorlage zur Beratung auf und lässt die Ausschussmitglieder entsprechend abstimmen:

- Produkt 01.11.01 Dem Produkt wird einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.01.01 Dem Produkt wird einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.02.01 Dem Produkt wird einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.02.02 Dem Produkt wird einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.02.03 Hierzu erläutert Herr Jarzombek die Erhöhung des Ertragsansatzes, der auf die Anhebung der Bußgeldsätze und die erhöhten Fallzahlen bei den Polizeibildern zurückzuführen sei.
Dem Produkt wird einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.03.01 Zu diesem Produkt hat die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN einen Veränderungsantrag eingebracht. Frau KA Laßmann wünscht eine Konkretisierung der Ziele in diesem Produkt. Verschiedene Ausschussmitglieder weisen darauf hin, dass es hier hauptsächlich um Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung gehe, die nicht frei gestaltbar sondern an gesetzliche Vorgaben gebunden seien. Seitens der Verwaltung macht Herr Hanheide deutlich, dass der Antrag bedenklich sei, da er einen Eingriff in hoheitliche Aufgaben und den insoweit stark reglementierten Ermessensrahmen darstelle. Er nimmt auf den auf Antrag der SPD-Fraktion zu verfassenden Bericht der Verwaltung Bezug. Im Rahmen der Beratungen bestehe die Möglichkeit, gemeinsame Ziele zu vereinbaren.
Herr KA Schulte weist darauf hin, dass in der Aufgabenbeschreibung zu diesem Produkt der letzte Satz zu Fachaufsicht und Widerspruchsangelegenheiten für die Städte Ratingen und Velbert ersatzlos gestrichen werden könne.
Die Verwaltung sagt dies für den nächsten Haushalt zu.
Unter Hinweis auf die Ausführungen von Herrn Hanheide zieht Frau KA Laßmann den Veränderungsantrag ihrer Fraktion zurück.
Dem Produkt wird anschließend einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.03.02 Herr KA Emmeler betont, dass sich die Personalaufwendungen erhöht haben, die Zahl der Planstellen hingegen geringer sei als im letzten Jahr. Hierzu erläutert Herr Jarzombek, dass durch die Kooperation ein höherer Personalbedarf bestehe.
Dem Produkt wird einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.04.01 Zu diesem Produkt hat die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN einen Veränderungsantrag eingebracht, der das Ziel verfolgt, im Bereich Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung mehr Personal einzusetzen. Herr KA Emmeler stellt dar, dass die Fallzahlen durch fehlendes Personal gesunken seien. Die Herren KA Switalski und KA Schulte weisen darauf hin, dass im Gegenzug aber die Betriebskontrollen zugenommen haben. Herr Hanheide führt aus, im Gegensatz zu 2008 sind nunmehr 10 statt 8 Kontrolleure im Einsatz. Somit sind alle Planstellen besetzt. Auch seien nur vermeintlich weniger Proben gezogen worden, weil der Haushalt nur die pflichtigen Sollproben beziffere. Tatsächlich sind aber mehr als 3.000 – auch anlassbezogene - Proben entnommen worden.

- Frau KA Hruschka fragt an, ob die Lebensmittelkontrolleure in Vollzeit beschäftigt sind. Herr Hanheide bestätigt dies.
- Nach Abschluss der Beratungen zieht die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN den Veränderungsantrag zurück.
- Herr Hanheide berichtet, dass seit der letzten Ausschusssitzung Gespräche mit der Verbraucherzentrale NRW stattgefunden haben, in denen neue Vorstellungen zur künftigen Verbraucher- und Energieberatung im Kreis Mettmann vorgestellt worden sind.
- Die Städte Ratingen und Hilden haben hinsichtlich des Themas Energieberatung Interesse geäußert.
- Eine kreisweite Lösung solle bis zum Sommer erzielt werden. Die Verwaltung bittet daher, den Ansatz „Transferaufwendungen“ nicht zu verändern.
- Dem Produkt wird unter Beachtung diese Ausführungen einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.04.02 Dem Produkt wird einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.04.03 Frau Stangier teilt Herrn KA Emmeler auf Nachfrage mit, dass die höheren Personalaufwendungen darauf zurück zu führen seien, dass aus einem anderen Bereich ein Mitarbeiter mit Stelle zugewiesen worden sei. Dem Produkt wird einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.05.01 Herr Schneeweiß berichtet, dass aufgrund der positiven Entwicklungen der letzten Jahre der Ertragsansatz um 500.000,00 € erhöht werden konnte. Inzwischen gehöre der Kreis Mettmann zu den größten Genehmigungsbehörden im Bundesgebiet im Bereich Großraum- und Schwertransporte. Weitere Betriebe seien an einer Zusammenarbeit mit dem Kreis Mettmann interessiert.
- Dem Produkt wird einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.05.02 Dem Produkt wird einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.05.03 Herr Schneeweiß erläutert, dass im vergangenen Jahr die Umweltprämie zu einem 10 %igen Zuwachs bei den Zulassungszahlen geführt habe. Neue Aufgaben im Zusammenhang mit der EG-Typgenehmigung seien hinzu gekommen. Das Kundenaufkommen sei weiterhin sehr hoch. Dennoch werde in diesem Jahr ein Einbruch bei den Zulassungen erwartet. Hierauf reagiere der Bereich, indem derzeit vier freie Stellen nicht besetzt würden.
- Dem Produkt wird einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.05.04 Dem Produkt wird einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.06.01 Dem Produkt wird einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.06.02 Dem Produkt wird einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.07.01 Dem Produkt wird einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.07.02 **Veränderungsantrag der Verwaltung:**
Erhöhung des Planansatzes 2010 auf 3.109.700,00 € sowie der Planansätze 2011 bis 2013 auf 2.709.700,00 € im Ergebnisplan (Anlage 4).
- Beschluss: einstimmig angenommen**
- Dem Produkt wird mit dieser Änderung einstimmig zugestimmt.
- Produkt 02.08.01 Zu diesem Produkt hat die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN einen Veränderungsantrag eingebracht. Es wird beantragt, den in der vergangenen Wahlperiode gefassten Beschluss, einen Informationsflyer aufzulegen, in diesem Haushaltsjahr umzusetzen. Herr Hanheide berichtet, dass die Fraktion im Jahr 2007 einen entsprechenden Antrag nach dem Ergebnis der Sitzungsniederschrift am 22.02.2007 zurückgezogen hat. Insoweit sei die Verwaltung nicht säumig.
- Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zieht daraufhin den Veränderungsantrag zum Haushalt 2010 zurück.
- Dem Produkt wird einstimmig zugestimmt.

Sodann lässt der Vorsitzende über den Haushalt 2010 wie folgt abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2010 – soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit der beratenen Änderung zum Produkt 02.07.02 zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen bei zwei Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:39 Uhr

gez.
Dr. Klaus Wagner

gez.
Dorothea Weiß